



## Gut gemeint ist nicht gut genug

Die FDP hat am 10.03.2008 im Kantonsrat vier Anträge abgelehnt, welche mittels interventionistischer Methoden eine Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien verlangen, den Kriterien der Nachhaltigkeit aber nicht entsprechen.

Die FDP verfolgt eine Energie- und Umweltpolitik, die sich eindeutig und konsequent an den Kriterien der Nachhaltigkeit orientiert, d.h. langfristig wirtschaftlich verkraftbar, gesellschaftlich tragbar und ökologisch vertretbar ist. Die Gesamtenergiebilanz und die Ökobilanz sowie die Sozialbilanz müssen stimmen. Ferner kommen bei uns grundsätzlich Anreize vor Vorschriften und Vorschriften vor Verboten.

Aus diesem Grund hat sich die FDP heute im Kantonsrat gegen zwei Behördeninitiativen und zwei parlamentarische Initiativen ausgesprochen. Diese verlangen eine Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien. Dies klingt zwar gut, aber nur auf den ersten Blick. Erneuerbare Energien haben nicht per se eine gute Gesamtenergie-, Öko- und Sozialbilanz. Ethanol oder Bio-Diesel etwa gehören zu den erneuerbaren Energien. Ethanol ist aber ökologisch und sozial nur vertretbar, wenn es aus Abfällen gewonnen wird. Gleiches gilt für die Beimischung von Pflanzenölen zu Diesel. Es kommt wesentlich darauf an, wo und wie dieses Pflanzenöl hergestellt wird. Davon ist in den Vorstössen nichts zu lesen.

Eine zwingend vorgeschriebene massive Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien für die Wärmeversorgung von Gebäuden ist auch aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen zu hinterfragen. Private Hausbesitzer, die ein oder zwei Mehrfamilienhäuser vermieten, werden mit solchen Vorschriften, wirtschaftlich stark eingeengt. Wer will, dass künftig nicht nur grosse Immobiliengesellschaften Mietliegenschaften halten können, muss sich hier mit Vorschriften grosse Zurückhaltung auferlegen. Hingegen sind konsequent Anreize nötig, um auch private Kleininvestoren - meist Gewerbetreibende, die ihre 2. und 3. Säule in einer kleinen Mietliegenschaft haben - zu motivieren, Wert vermehrende energetische Massnahmen zu finanzieren. In diesem Bereich ist die FDP auf allen Ebenen bereits mit Vorstössen aktiv geworden: Wir wollen nicht allein steuerliche Anreize, sondern insbesondere auch die Beseitigung sämtlicher Hindernisse und Hürden, welche einer energetischen Sanierung bestehender oder dem Neubau energetisch überzeugender Gebäude im Wege stehen. Die FDP setzt sich auch dafür ein, dass Nullenergiehäuser oder Niedrigenergiehäuser, welche dieselben oder gar bessere Werte erzielen als Minergiebauten, gleich behandelt werden. Es kann nicht sein, dass ein privates Label zur alleinigen Richtschnur wird. Wesentlich ist das Ergebnis, nicht der Weg dazu.

*Quelle FDP Kanton Zürich*

*FDP Opfikon-Glattbrugg  
Pressechef Björn Blaser*